

Tarif-Einigung im öffentlichen Dienst: Mehr Geld & bessere Arbeitsbedingungen!

Tarifeinigung im öffentlichen Dienst: 2,5 Millionen Beschäftigte erwarten Gehaltserhöhungen und neue Arbeitszeitregelungen.

Potsdam, Deutschland - Am 7. April 2025 wurde eine Einigung im Tarifstreit für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen erzielt. Dies berichten verschiedene Medien unter Berufung auf Verhandlungskreise, in denen Details der Vereinbarung zunächst unklar blieben. Der Kompromiss, der aus einer Schlichtung hervorging, sieht eine Einkommenserhöhung in zwei Stufen vor:

- Ab 1. April 2025: 3% oder mindestens 110 Euro monatlich.
- Ab 1. Mai 2026: weitere 2,8%.

Die empfohlene Laufzeit des neuen Tarifvertrags beträgt 27 Monate. Zu den weiteren Maßnahmen gehören flexiblere Arbeitszeiten sowie höhere Schichtzulagen.

In der Schlichtungsrunde

Die Einigung wurde während der vierten Verhandlungsrunde in Potsdam eingefädelt, wo um Details gerungen wurde. Ein zentraler Streitpunkt war die Option für Beschäftigte, die Wochenarbeitszeit *freiwillig* auf bis zu 42 Stunden zu erhöhen. Diese Regelung stößt auf Bedenken seitens der Arbeitnehmer, die befürchten, unter Druck gesetzt zu werden, um diese

„freiwillige“ Lösung zu akzeptieren.

Über 2,5 Millionen Beschäftigte in verschiedenen Bereichen wie Verwaltung, Kitas, Müllabfuhr, Nahverkehr und Flughäfen sind von diesem Tarifkonflikt betroffen. Bereits seit Januar kam es zu wiederholten Warnstreiks, die die Verhandlungen zusätzlich belasteten. Die Gewerkschaften Verdi und der dbb Beamtenbund vertraten die Interessen der Arbeitnehmer, während die Arbeitgeberseite durch die Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA) und das Bundesinnenministerium vertreten wurde.

Weitere Details zur Einigung

Zusätzlich zu den Gehaltserhöhungen umfasst der Schlichtungsvorschlag Regelungen, die ab 2026 die Umwandlung der Jahressonderzahlung in bis zu drei freie Tage ermöglichen, mit Ausnahme von Beschäftigten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Zudem umfasst es ab 2027 einen zusätzlichen Urlaubstag für alle Tarifbeschäftigten und die Einführung neuer Zulagen für Schichtdienste:

- Schichtarbeit: 100 Euro.
- Wechselschichtarbeit: 200 Euro.

Nach dem Scheitern der dritten Verhandlungsrunde wurde die Schlichtung eingeleitet, während eine Friedenspflicht gilt, die jegliche Streiks ausschließt. Eine 24-köpfige Kommission, angeführt von Hans-Henning Lühr (SPD) für die Gewerkschaften und Roland Koch (CDU) für die Arbeitgeber, arbeitete an dem Kompromiss. Bei einem Patt hat Koch die entscheidende Stimme.

In der Tarifrunde, die durch einen hohen Personalmangel und eine Überlastung der Beschäftigten geprägt war, forderten die Gewerkschaften eine Entgeltsteigerung von 8%, mindestens 350 Euro monatlich, sowie zusätzliche freie Tage und höhere Zuschläge für belastende Tätigkeiten. Die Arbeitgeber hingegen

hatten ein Angebot von 5,5% mehr Gehalt unterbreitet.

Die Schlichtung fand ihren Auftakt am 24. März 2025 und sollte fünf Tage dauern, mit dem Ziel, eine Einigungsempfehlung zu Gehalt, Laufzeit und Arbeitsbedingungen zu erarbeiten. Das Ende der Schlichtung war für den 1. April 2025 angesetzt, gefolgt von einer weiteren Verhandlungsrunde am 5. April 2025 in Potsdam. **Südkurier** und **Öffentlicher Dienst News** berichten umfassend über die Entwicklungen in diesem Tarifkonflikt.

Details	
Vorfall	Tarifkonflikt
Ort	Potsdam, Deutschland
Quellen	• www.suedkurier.de • oeffentlicher-dienst-news.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de